

Obrigkeit? Eine Frage an den 60jährigen Landesbischof

Von Otto Dibelius

Die Nationalsozialisten hätten gesagt: Schlechthin einmalig! Das wäre zwar kein sehr gutes Deutsch gewesen, aber es hätte den Nagel auf den Kopf getroffen.

Noch nie hat jemand in der Geschichte der evangelischen Kirche Deutschlands im leitenden Amt gestanden, dem das alles so zuhauf geschenkt gewesen wäre: die ganze Erde aus eigener Anschauung zu kennen und mit allen ihren Problemen vertraut zu sein; den Menschen aller sozialen Schichten und jeder geistigen Haltung ein Gesprächspartner zu sein, auf den zu hören sich lohnt; dem Evangelium, das die Kirche verkündigt, Heimat zu schaffen im Leben der modernen Kunst, vor allem in den Bereichen der Literatur; immer bereit zu sein, Rede und Antwort zu stehen, auch wenn komplizierteste Fragen aufgeworfen werden, und mit beispielloser Leichtigkeit Predigten, Reden und Artikel auf den Schreibblock zu werfen, um sie von daher wieder eindrucksvoll zum Klingen zu bringen; als Leiter von Tagungen jeder Situation gewachsen zu sein — und bei diesem allen ein Theologe zu bleiben, der nie vergißt, welcher Ernst hinter den letzten Fragestellungen dieser seiner Wissenschaft steht. Das ist in der Tat „schlechthin einmalig“. Es hat der ganzen Arbeit unserer Kirche ein neues Angesicht gegeben.

Dieser Lebensleistung haben wir Jahr für Jahr mit Bewunderung zugesehen. Wir haben nicht darüber geseufzt, daß wir den Landesbischof von Hannover nicht gerade häufig ganz für uns haben durften, weil auch dann, wenn wir zu gemeinsamer Beratung beieinander saßen, fast immer andere Besprechungen dazwischenriefen und wir uns mit den Brosamen begnügen mußten, die von diesem reichen Tische fielen. Auch darüber haben wir nicht geseufzt, daß von den vielen Briefen, die ihn erreichten, eine nicht geringe Zahl ohne Echo blieb. Eine bekannte Legende sagt, daß in der Hannoverschen Liturgie die sonntägliche Fürbitte für den Landesbischof die Worte enthalte: Wo er ist, das weißt du, Herr, allein! Legenden gegenüber muß man kritisch sein. Aber manchmal spiegeln sie das Wesen der Menschen und die Wirklichkeit der Verhältnisse doch treulich wieder! Aber wie könnte das alles anders sein, wenn ein Menschenleben derartig überquillt von lebendigem Wirken auf allen Gebieten!

Die evangelische Kirche über ganz Deutschland hin dankt Gott für das große Geschenk, das er ihr mit diesem Landesbischof gemacht hat! Möge sein Leben noch auf lange hinaus ein Leben des Segens sein!

Und nun, verehrter und lieber Herr Landesbischof Lilje, komme ich zu Ihnen nicht mit einem Geschenk, sondern mit einer Frage. Es handelt sich um die Frage, wie im Brief des Paulus an die Römer der Anfang des 13. Kapitels zu übersetzen ist. Das ist eine Frage, die uns heute alle umtreibt. Und diese Frage, so meine ich, gehört recht eigentlich vor Ihre Füße.

Genau und wörtlich übersetzt lautet der Satz, um den es geht, folgendermaßen: „Jedermann soll sich den Mächten unterordnen, die über die andern emporragen.“ Man könnte auch sagen: „Jedermann sei den übergeordneten Gewalten Untertan!“

„Mächte“ oder „Gewalten“ — das ist zunächst einmal ganz allgemein gesagt. Paulus braucht das Wort — griechisch: Exusie — des öfteren in einem allgemeinen Sinn: „hat nicht der Töpfer Macht ...“ u. dgl. Wo er es aber im Plural schreibt — auch im Singular kommt es vor —, da meint er die dämonischen Mächte, die in der unsichtbaren Welt ihr Spiel treiben. Es war

also keineswegs ganz abwegig, wenn Martin Dibelius und später Günther Dehn mehr oder weniger vorsichtig die Meinung äußerten, daß Paulus „hinter der heidnischen Obrigkeit wohl Gewalten aus dem Geisterreich gesehen“ habe. Aber wenn hier, im Römerbrief, ein wenig später von den Archonten, also von den hohen Beamten geredet wird, die nicht für den Guten, sondern für den Bösen zu fürchten sind, so ist doch wohl deutlich, daß, jedenfalls für unser menschliches Auge, die „Mächte“, denen man sich unterordnen soll, etwas sehr Konkretes und Sichtbares sein müssen.

Diese Mächte ragen über die andern empor. Sie haben also mehr zu sagen als andere. Und im Folgenden wird deutlich, daß sie die Macht haben, das Gute zu belohnen und das Schlechte zu bestrafen. Sie tragen das Schwert und tragen es nicht umsonst. Deshalb — freilich nicht deshalb allein! — soll man sich ihnen unterordnen. Entscheidend ist, daß diese Mächte nichts anderes sind als Diener Gottes, von ihm zu unserm Besten eingesetzt. Es handelt sich also wohl vornehmlich um die politische Gewalt. „Staatsgewalt“: sollte man nicht ohne Vorbehalt sagen, weil der antike „Staat“ nicht die Geschlossenheit eines modernen Staatswesens hatte. Es hat damals mancherlei kommunale, religiöse und andere Machthaber gegeben, denen das Schwert mehr oder weniger locker in der Scheide saß. Und von dem Staat, der als „Lebensform der Nation“ alles reglementiert, vom Schulbesuch an bis zum Naturschutz, so daß einem die übergeordneten Mächte auf Schritt und Tritt als Staatsbehörden begegnen — davon war damals nicht die Rede. Exusien — das Wort ist ganz allgemein. Immerhin wird man sagen dürfen, daß Paulus, indem er an die Römer schreibt, vor allen anderen „Mächten“ — wenn auch nicht ausschließlich — an die römische Staatsmacht gedacht haben wird, die damals der Welt ihren Willen aufgezwungen hatte und die in der Stadt Rom ihr Zentrum besaß.

Dabei setzt Paulus voraus, daß die Machthaber das Gute belohnen und das Böse bestrafen werden. Was „das Gute“ und was „das Böse“ ist, darüber stellt er keine Betrachtungen an. Sein Denken und sein Gewissen sind an der Heiligen Schrift geschult. Da steht, klar und deutlich für jedermann, was gut und böse ist. Beim Propheten Micha steht es und an tausend anderen Stellen. Da gibt es kein Schwanken und kein Problem. Und Nicht-Christen und Nicht-Juden wissen es auch. Im Anfang des Römerbriefs hat er das ausdrücklich gesagt. Daß Lüge und Unkeuschheit, Betrug und Hader, Treulosigkeit und Gottlosigkeit böse sind und das Gegenteil davon gut — darüber also ist kein Streit zwischen Machthabern und Untergeordneten. Und eben darum sind die Machthaber, die das Gute belohnen und das Böse bestrafen, Diener Gottes, den Menschen zu gut.

Soweit ist alles klar.

Es wäre höchstens noch hinzuzufügen, daß die Weisung von Römer 13 nicht zu den speziellen, sondern zu den allgemeinen Weisungen des Apostels gehört. Paulus gibt nämlich Weisungen in beiderlei Gestalt. Er ordnet und mahnt zuweilen bis ins einzelne hinein und erwartet, daß alles so befolgt wird, wie er es gesagt hat. Das geschieht in der Regel dann, wenn er gefragt worden ist und nun, seine Entscheidung trifft. Die meisten Beispiele dafür stehen in seinen Briefen nach Korinth. Aber er gibt auch Weisungen anderer Art. Er schreibt — wenn der Ausdruck gestattet ist — seine Losungen mit Leuchtschrift an den Himmel und überläßt es den Gemeinden, wie sie diese Losungen auf der Erde zu konkretisieren haben. Er tut das vornehmlich in denjenigen Briefen, die wir heute recht eigentlich als „Hirtenbriefe“ bezeichnen würden, bei den Haustafeln und bei anderen serienweisen Ermahnungen. Damit soll nicht gesagt sein, daß diese allgemeinen Weisungen weniger bedeutsam und wichtig wären oder daß ihnen weniger Autorität innewohnte als den anderen. Es ist da kein Unterschied. Nur muß man die Verschiedenheit der Form gesehen haben. Man muß sich klargemacht haben, daß hinterher, wenn es gilt, die allgemeinen Weisungen auf das konkrete Leben anzuwenden, noch ein besonderer Akt geistlicher Entscheidung nötig ist und daß für diese Entscheidung der ein-

zelle Christ nach geistlicher Hilfe wird Ausschau halten müssen.

Paulus sagt also Römer 13 nicht: Wenn ihr wegen eurer Versammlungen Schwierigkeiten bekommt, dann sollt ihr so und so verfahren; wenn ein allgemeines Fest für die Stadtgöttheit angeordnet wird oder wenn der Stadtkämmerer euch ungerecht besteuert, dann sollt ihr es folgendermaßen halten. Sondern er sagt ganz allgemein: ihr sollt euch unterordnen; wie? — da müßt ihr selber zusehen! Gottes Geist wird euch die Wege zeigen, wenn ihr ihn darum bittet!

Dies Wort „übergeordnete Mächte“ übersetzt nun Luther mit „Obrigkeit“. Und das ist die Frage, um die es sich hier handeln soll: *ob dies Wort dasjenige wirklich wiedergibt, was Paulus gemeint hat, oder ob es gar den Bibelleser zu einem falschen Verständnis einer wichtigen biblischen Weisung verführt?*

„Obrigkeit“ oder „Oberkeit“, „Oeberkeit“ oder „Ubirkeit“ – sagt Martin Luther! Das ist er, der Reformator, wie er leibt und lebt! Die Engländer sagen, nüchtern wie immer: „higher powers“, die Franzosen sagen ähnlich: „puissances superieures“. Luther aber sagt: „Obrigkeit“. Man bemerke den Singular! Von ihm haben es die Skandinavier übernommen. In der schwedischen Bibel steht: „Var och en vare underdånig den överhet som han har över sig.“

Obrigkeit – das ist ein schönes Wort. In dem Wort ist Seele und Gemüt. Es ist etwas von väterlicher Autorität darin – wie denn auch Martin Luther nicht müde geworden ist, die Parallele zu ziehen zwischen der väterlichen Autorität und der Autorität der Obrigkeit. Die Obrigkeit findet man vor, wenn man zur Welt kommt. Man kann sie sich nicht machen, ebensowenig, wie man sich seinen Vater selber machen kann. Sie steht da, von Gott gesetzt. Sie mag von guten oder schlechten Menschen dargestellt werden, von Christen oder Türken – sie ist da, und wir müssen uns ihr willig beugen.

Und dahinter steht, durch alles hindurchscheinend, Gottes Wille. „Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, Kurfürst von Brandenburg ...“ Das ist Obrigkeit! Es war begnadetes Sprachgefühl, das dies Wort gewählt hat. Nur - die Sache, die das Wort bezeichnete, die gibt es heute in Deutschland nicht mehr. Und darum führt es die Menschen allzuleicht von dem ab, was Paulus hat sagen wollen.

Es ist kein Zufall, daß das Wort praktisch aus unserer Sprache verschwunden ist. Kein Mensch redet mehr von „Obrigkeit“ — höchstens daß der Polizei-Wachtmeister einmal von einer fröhlichen Tisch-Gesellschaft begrüßt wird: Da kommt die hohe Obrigkeit! Nur die Kirche, altmodisch, wie sie glücklicherweise ist, bewahrt das Wort noch in ihrer Liturgie, in ihren Liedern und in ihrer Bibel. Das Wort ist verschwunden, weil die Sache verschwunden ist. Und zwar ist sie seit dem Tage verschwunden, an dem man eine Staatsordnung aufgerichtet hat, die sich auf Parteien aufbaut. Jetzt setzt die Partei, die die meisten Stimmen hat, die Obrigkeit ein. In Amerika geschah das noch vor kurzem bis hinunter zum Briefträger. Jetzt pflegt man so weit nicht mehr zu gehen. Jedenfalls aber wechseln die Inhaber der Macht, je nachdem die Wahlen ausfallen.

Wenn ich nun zu der Minderheit gehöre, die an der Macht nicht beteiligt ist — und das pflegt in den meisten Ländern, auch in Deutschland, eine sehr erhebliche Minderheit zu sein –, so sehe ich die Machthaber stets mit dem Gedanken an: ich werde tun, was ich kann, daß ihr bei der nächsten Gelegenheit von euren Thronen herunterkommt! Ich werde das vielleicht nicht in allen Fällen tun. Ob der Wasserbauinspektor Müller sich zur CDU oder zur Sozialdemokratie

rechnet, wird mir wahrscheinlich sehr gleichgültig sein. Aber sobald es sich um Machthaber handelt, die in mein persönliches Leben eingreifen oder durch die ich mich in lebenswichtigen Fragen repräsentiert fühlen soll, wird es mir nicht mehr gleichgültig bleiben. Ich werde den Wunsch haben, daß die Inhaber der Macht anders eingestellten Personen weichen möchten. Und das wird nicht nur ein frommer Wunsch bleiben dürfen. Sondern ich weiß mich – und zwar ganz legitim, auf Grund der Verfassung meines Staates, in vielen Fällen um der klaren Weisung meines Gewissens willen - verpflichtet, auf ihren Sturz hinzuarbeiten. Wie aber kann jemand, auf dessen Sturz ich hinarbeite, für mich Autorität sein? Wo aber die Autorität im alten Sinne weggefallen ist, da ist aus dem Begriff der Obrigkeit ein wesentliches Stück herausgebrochen. Um es ganz konkret zu sagen: Der Regierende Bürgermeister von Berlin, wenn er zu einer anderen Partei gehört als ich, kann für mich nicht in dem Sinne Autorität sein, wie es für Martin Luther der Kanzler Brück war und der Kurfürst, der hinter seinem Kanzler stand.

Das ist kein Streit um Worte. Es handelt sich auch mitnichten um eine Sache, die man leichtnehmen dürfte. Theodor Heuss hat mir einmal gesagt: er betrachte es als wesentliche Aufgabe seines Amtes, die Staatsautorität in Deutschland wieder zu festigen. Das wird ihm jeder abnehmen. Und jedermann wird anerkennen, daß er dazu ein gutes Stück geholfen hat. Aber Staatsautorität ist etwas ganz anderes als die Autorität der Machthaber. Der Staat ist die Lebensform der Nation, zu der wir alle gehören. Für den Staat als Ganzes darf es keinen Unterschied der Parteien geben. Daß der Staat mit seiner Ordnung bejaht, respektiert und in seiner Würde geachtet werde, ist unser aller gemeinsames Interesse. Und wir glauben als Christen, daß das auch Gottes Wille ist. Aber das ist keineswegs gleichbedeutend mit Autoritätsstellung derer, die die staatliche Macht jeweils verwalten und die ich bekämpfen muß, weil sie nach meiner Meinung nicht begriffen haben, was unserem Volke nottut.

Paulus denkt offenbar auch nur an einen eng begrenzten Kreis von Machthabern, nämlich an die, die berechtigt sind, das Schwert zu führen, direkt oder indirekt. Er denkt also nicht an das Heer von Beamten, das es in jedem Staate gibt — also, in modernem Deutsch gesprochen, nicht an den Regierungsrat im Kultusministerium, der nicht mit umgegurtem Schwert an seinem Schreibtisch zu sitzen pflegt, sondern an die Träger der vollziehenden Gewalt. Das ist bei uns zunächst einmal die Polizei.

Daneben sind es noch einige wenige andere: der Richter, der den Haftbefehl erläßt, der Kapitän, der auf seinem Schiff grundsätzlich Herr über Leben und Tod ist, der Förster, der dem Wilddieb begegnet u. dgl.

Aber auch diese alle sind nicht persönlich Obrigkeit. Sie sind nicht einmal, als Personen betrachtet, „überragende Mächte“. Der Kriminalbeamte, der das Recht hat, mich vom Fleck weg zu verhaften, ist deswegen noch keine über andere hinausragende Macht. Was er in seinem Amt ist — wohlgemerkt: in seinem legitimen Amt! —, das ist er durch die Mächte, die hinter ihm stehen. Um diese Mächte als Ganzes geht es. Es geht um das System. Und dieses System ist heute nicht mehr ungebrochene, sondern gebrochene Autorität. Das entscheidende Problem unserer Tage ist aber noch etwas anderes.

Wir haben den totalen Staat erlebt und erleben ihn noch. Für den totalen Staat ist zweierlei kennzeichnend. Nämlich erstens das, daß er sozusagen quantitativ total ist. Das heißt, ihm gehört schlechterdings alles. Nicht nur, was ein Volk an materiellen Gütern besitzt, sondern ihm gehören die Menschen. Ihm gehören Arbeitskraft und Lebensleistung. Ihm gehört die Kindheit und das Alter. Ihm gehört das Reden, das Denken und das Fühlen der Menschen.

Ihm gehört die Arbeit und die Erholung. Ihm gehört alles. Alles wird von oben her geplant, gelenkt und bewirtschaftet.

Und zweitens — das ist für uns das Wichtige — der Staat bestimmt die Normen. Er bestimmt auch, was gut und böse ist. Gut ist, was dem Regime förderlich ist; schlecht ist, was dem Regime schaden könnte. Das hat der Ministerpräsident der DDR mit klaren Worten gesagt. Die christlichen Begriffe von gut und böse sind überholter Plunder. Lügen ist gut, wenn das Regime davon Vorteil hat; es ist schlecht, wenn es den Machthabern schadet. Treubruch wird belohnt, wenn er im Interesse des Staates liegt; er wird bestraft, wenn er dem Staat Nachteil bringt. Und dies alles nicht als Ausnahmefall, sondern als Norm, als Regel, als Grundsatz sozialistischer Sittlichkeit. Der Staat aber — das ist die kleine Gruppe derer, die die Macht an sich genommen haben. Darüber hat Milovan Djilas das Nötige gesagt.

Es geht hier nicht so sehr darum, ob der Staat die Kirche verfolgt oder die Christen unter Gewissensdruck setzt, indem er von ihnen etwas verlangt, was sie mit ihrer inneren Einstellung nicht vereinbaren können. Jeder totale Staat tut das, der eine in massiver, der andere in weniger krasser Form. Das Entscheidende ist vielmehr, daß durch ein(e) neue Ordnung der Werte das gesamte sittliche Denken und Fühlen umgestaltet werden soll. Der Untergebene soll dahin gebracht werden, die Kategorien der reinen Macht allmählich innerlich zu bejahen.

Es steht also nicht so, wie immer wieder behauptet wird, daß auch in einem widerchristlichen Machtbereich „ein Minimum von Recht“ geschützt werde. In einem totalitären Bereich gibt es überhaupt kein Recht im christlichen Sinn des Wortes. Weder ein Maximum, noch ein Minimum, sondern überhaupt kein Recht. Es ist doch kein Zufall, daß in der DDR das Wort „Recht“ mehr und mehr in Fortfall kommt. Es gibt nur noch eine „Gesetzlichkeit“ — d. h. also eine Anzahl von Bestimmungen, die die Machthaber im Interesse ihrer Macht erlassen und nun mit ihren Machtmitteln durchsetzen. Das „dir zu gut“ des Paulus ist ebenso außer Kraft gesetzt wie das Wort von der „Dienerin Gottes“. Der atheistische Totalstaat bestreitet das natürlich. Für ihn ist es selbstverständlich, daß es auch mein persönliches Glück und meine persönliche Freiheit bedeuten wird, wenn ich gleichgeschaltet werde. Ein wenig Gehirnwäsche wird daher „mir zugut“ vorgenommen. Aber der Christ kann da nun einmal nicht mit! Natürlich wirkt in der Praxis die alte zweitausendjährige „bourgeoise“ Vorstellung noch nach, daß es wenigstens in gewissen Dingen gleiches Recht für alle geben müsse. Aber dieses alte Recht wird auf jede Weise bekämpft. Das neue „Recht“ ist ein Mittel, um die Macht der herrschenden Klasse aufrechtzuerhalten. Für die herrschende Klasse – nicht für den Menschen als solchen! – ist es wichtig, daß eine gewisse Ordnung herrscht. Wenn jeder geht und fährt und baut und Geschäfte macht, wie er will, dann ist diese Herrschaft nicht aufrechtzuerhalten. Deshalb – grundsätzlich nur deshalb! – muß Ordnung sein!

Das ist die radikale Verneinung von allem, was Römer 13 geschrieben steht. Das Wort „Obrigkeit“ so wie der Deutsche dies Wort empfinden muß, hat hier seinen Sinn verloren. Von Machthabern eines totalen Staates soll man nicht als von „Obrigkeit“ reden. Es kann sich lediglich um die Frage handeln, ob und wie weit Römer 13, so wie es Paulus geschrieben hat – nicht, wie es Luther übersetzt hat! – auf diese Machthaber noch angewandt werden kann! Davon aber wollen wir jetzt nicht reden. Um auch hier ganz konkret zu sein: wenn ich in der sogenannten freien Welt einem Straßenschild begegne, das mich nötigen will, nur 15 km zu fahren, dann werde ich mich ohne weiteres danach richten. Denn ich weiß, daß diese Vorschrift für alle gilt, daß also ein Grund dafür vorhanden sein wird, und zwar ein Grund, der auch mich direkt oder indirekt vor Schaden bewahren will. („Dir zu gut“ — sagt Paulus!) Wenn ich diese Vorschrift übertrete, habe ich als Christ ein schlechtes Gewissen. Vielleicht ist die Vorschrift aufreizend dumm. Vielleicht hat nur ein bornierter Bürgermeister die Tafel hingehängt, um seine Gänse zu schützen oder um seiner Gemeindekasse durch Straf gelder aufzu-

helfen. Aber das System, das dahinter steht, ist legitim. Irgendwie scheint Gottes gnädiger Wille durch die Torheit der Menschen hindurch. Diesen Willen Gottes muß ich ehren. Und wenn ich ihm entgegen handle, habe ich ein schlechtes Gewissen.

Indem ich aber dasselbe Schild auf einer Autobahn der DDR sehe, rast schon ein russisches Auto mit 100 Sachen an mir vorbei, von einem ostzonalen Behördenwagen gefolgt. Die dürfen; ich darf nicht, weil ich nicht Parteifunktionär bin. Und nicht nur das! Warum soll ich nicht schneller fahren? Weil da gerade die Umgehungsstraße gebaut wird, die – ohne daß das offen gesagt wird – der Aushungerung West-Berlins dienen soll? Oder weil die Elbbrücke nach 15 Jahren immer noch nicht fertig ist – nicht weil man kein Geld und kein Material hätte, sondern weil Geld und Material für die Frauenbataillone gebraucht werden, die für die Besetzung West-Berlins im Straßenkampf geschult werden müssen? Ein solches Verbot hat für mich keinerlei verpflichtende Kraft, weil ich es nicht für legitim erachten kann. Ich werde also sehen, wie ich ohne Schaden für mich selbst über die Wegstrecke hinwegkomme. Ich werde auch sorgfältig Ausschau halten, ob ich nicht jemanden gefährde. Denn „die Liebe tut dem Nächsten nichts Böses“, sagt Paulus einige Verse weiter. Aber wenn ich dann wirklich angehalten werde, weil ich zu schnell gefahren sei, so werde ich meine 10,- DM stillschweigend bezahlen; aber mein Gewissen wird völlig frei sein von jeglichem Bewußtsein einer Schuld!

Warum ist das so? Das ist deshalb so, weil ich weiß, daß jene Anordnungen im Bereich eines totalitären Staates unter bewußter Ausschaltung Gottes, unter bewußter Ausschaltung von allem, was ich als Christ sittlich zu nennen imstande bin, lediglich aus dem Machtwillen des totalitären Regimes heraus erlassen sind — eines Regimes, das ich um Gottes und um des Herrn Jesus Christus willen überwunden sehen möchte.

Nun mag jemand einwenden, es sei doch ganz unerheblich, welche Anschauungen im fernsten Hintergrunde hinter einer solchen Anordnung stünden; die Anordnung sei da und helfe, Unfälle verhüten; für diesen Beitrag zur Ordnung des menschlichen Lebens müsse ich Gott und Menschen dankbar sein! Jawohl, es mag einer das einwenden. Nur soll er nicht in demselben Atemzug behaupten, er bilde seine Gedanken an der Heiligen Schrift! Paulus sagt eben nicht: Jedermann solle den Machthabern Untertan sein; denn sie sorgten jedenfalls für Ordnung, und ohne Ordnung könne eine menschliche Gemeinschaft nicht existieren. Er ist kein Positivist. Sondern er fragt nach dem Woher und Wohin; er fragt nach dem Wesen und nach der Legitimation der Mächte, mit denen er es zu tun habe. Gottes Dienerin, sagt er, Vollstreckung des göttlichen Willens, Werkzeug für das, was Gott gut nennt, und gegen das, was Gott böse nennt. Nicht unbewußtes, sondern bewußtes Werkzeug — soweit Menschen jemals gereinigte und bewußte Werkzeuge Gottes sein können. Und wenn wirklich unbewußt — nun: „Die Dämonen knirschen Ja!“ Aber sie bleiben, was sie sind, nämlich Dämonen! Legitime Mächte werden sie nie!

Machthaber eines totalitären Regimes als „Obrigkeit“ zu bezeichnen, wäre ein Hohn auf die deutsche Sprache. Es wäre vor allem — und darauf muß es den Theologen ankommen — etwas völlig anderes, als was Paulus Römer 13 hat sagen wollen.

Man kann von diesem allen nicht reden, ohne wenigstens noch einen kurzen Blick auf das ungeheure Wort geworfen zu haben, das der Kirchenvater Augustin um das Jahr 420 im 4. Buch seines großen Werkes über den „Gottesstaat“ geschrieben hat: „Wo es kein Recht mehr gibt — was sind da die Staaten anders als Räuberbanden?“ Es ist hier nicht der Ort, Augustins Lehre vom Staat zu entwickeln. Es ist ebensowenig der Ort, darüber zu sprechen, ob und wie weit das „Recht“ etwas mit dem christlichen Evangelium zu tun hat. Und wenn man Augustin

heranziehen will, um ein Wort des Apostels Paulus verständlich zu machen, so darf man keinen Augenblick vergessen, daß der Begriff des Rechts, so wie er dem Professor am Athenäum, der kaiserlichen Universität in Rom, in Fleisch und Blut übergegangen ist, dem Apostel aus dem Orient völlig fremd ist.

Aber in dem einen stehen sie doch zusammen, der Apostel und der Kirchenlehrer, daß die Ordnung, die die Machthaber im Auftrag Gottes aufrechterhalten, durch die Gebote Gottes bestimmt sein muß, bewußt oder unbewußt, daß sie legitime Ordnung sein muß, wenn sie respektiert werden soll, und daß die Gebote Gottes allen Menschen ohne Unterschied gelten. Und auch darin werden sie zusammenstehen, daß die Gebote Gottes seiner Liebe entspringen und daß sie irgendwie im Sinne seiner Liebe wirken sollen. „Dir zugut“!

Das aber ist es, was der Christ als Grundlage alles Rechtes verstehen muß. Dies christlich verstandene Recht ist die Voraussetzung dafür, daß er eine Ordnung als verbindlich anerkennen kann. Nicht danach hat er zu fragen, auf welche Weise ein Staat nun einmal da ist. Nicht danach hat er zu fragen, ob die Menschen, die in diesem Staat etwas zu sagen haben, rechtschaffene Menschen oder gewissenlose Agitatoren sind. Nicht danach hat er zu fragen, ob die Ordnung, die der Staat aufrichtet, gute oder böse Ordnung ist. Aber danach, ob Recht in Geltung ist oder nicht — danach hat er allerdings zu fragen. Und wo das nicht der Fall ist, wird ihm jener Satz Augustins immer vor der Seele stehen.

Wie also sollen wir übersetzen?

„Obrigkeit“ – das kommt nicht mehr in Frage. Für die westliche Welt nicht, und für die östliche Welt vollends nicht, sowohl grundsätzlich wie praktisch.

Bei der neuesten Bibelrevision haben wir das Wort stehenlassen. Und ich denke, wir haben recht daran getan. Man soll den Bibelleser nicht mit Überlegungen beschweren, wie wir sie hier angestellt haben. Und man soll vor allem nichts ändern, ehe man nicht etwas Besseres an die Stelle zu setzen hat.

Aber man könnte sich vielleicht auf eine Auslegung einigen, die das, was Paulus hat sagen wollen, treffsicher zum Ausdruck bringt, und könnte diese Auslegung in Predigten und Andachten und Bibelstunden ständig anwenden, bis sie sich im Bewußtsein der Gemeinde durchgesetzt hat. Dann mag die Stunde kommen, zu der man sie auch in die Lutherbibel hineinnehmen kann.

Welches aber ist diese „richtige“ Übersetzung? Mit dieser Frage komme ich zu Ihnen, lieber Herr Landesbischof. Sie haben das Sprachgefühl, das hier nötig ist. Sie wissen, was es um Kirche und Staat ist. Und Ihnen fällt nicht ganz selten etwas ein — was nicht von allen Menschen gesagt werden kann.

Ich selbst könnte hier nur stümpfern. Also etwa so: „Jeder füge sich in die Ordnungen ein, die von der rechtmäßigen Gewalt gesetzt sind!“ Oder: „Rechtmäßige Gewalt soll bei jedermann Gehorsam finden!“

Oder so ähnlich. Ihnen wird schon etwas Besseres einfallen.

Es bleibt dann die Frage, wie der Gehorsam praktisch aussehen muß, den der Christ den rechtmäßigen und den unrechtmäßigen Gewalten zu leisten hat. Aber das ist ein weites Feld, wie

der Herr von Briest sagt. Damit möchte ich Sie an Ihrem 60. Geburtstag nicht beschweren.

In alter Verbundenheit

Ihr getreuer
Otto Dibelius

Ursprünglich zum 60. Geburtstag des Hannoverschen Landesbischof Hanns Lilje am 20. August 1959 als Privatdruck erschienen.